

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Blättern erhältlich

Lageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen.
Verbreitungsgebiet Ost Sachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarischer Feuilleton . Das Bild der Woche

Kommunistische Partei: Die normalen geplanten Normalabdrücke 10 Pf. für Sammler
ausgenutzt 20 Pf. Aufnahmepreis kostet, so der Verleger, Teil eines Tageszeitung
100 M. Bezugserlaubnis: Das "Jahrwerk", 1000 Seitenabdrücke, 1000 Seiten
Schriften, Schriftenabdrücke, 1. Tel. 25 M., Gebundene Druckerei 25 M., Schriften

und Ausgaben: Dresden-M., Schriftenabdrücke 1. Tel. 17 M., Schriften
mit Preis maximal 2,50 M. (im vorher genannten, durch die Zeit 2 M. (günstige
Schaffenskosten). Die Arbeiterschriften enthalten täglich, außer an Sonn- und Feiertagen,
In allen diesen Samml. kostet eine Auflage auf Lieferung der

Auflage einer Ausgabe des Bezugsparties. Kostenverteilung bis zum preiswerten
Sammelabonnement, Dresden, Schlesien, Berlin, Wittenberg, Düsseldorf, Berlin, Berlin
Verlagsgesellschaft, Dresden, Schriftenabdrücke, 2. Tel. 17 M., Gebundene Druckerei 25 M.

9. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 2. Februar 1933

Nummer 28

Bernichtungsfeldzug gegen RPD Wir weichen keinen Schritt zurück!

Der Reichstag aufgelöst. Die faschistische Diktatur-Regierung will sich durch Terrorwahlen eine parlamentarische „Basis“ verschaffen. Gestiegerte faschistische Mordheze als Auffahrt zum KPD-Verbot. Arbeitende Massen, schützt eure Partei! Vorwärts, zu gewaltigen Massenaktionen gegen die faschistische Diktatur!

Berlin, 2. Februar 1933
Hindenburg hat durch eine gestern erlassene Verordnung auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag aufgelöst, nachdem sich „die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheitsregierung als nicht möglich herausgestellt“ hat.

Gleichzeitig ist durch eine weitere Verordnung vom 1. Februar 1933 als Wahltermin der 5. März 1933 bestimmt worden.

Die Regierung beschloß dazu in ihrer gestrigen Sitzung, den Wahlkampf mit der ganzen Front gegen die kommunistische Partei zu führen, was auch in dem an anderer Stelle beprochenen Anfang der faschistischen Regierung zum Ausdruck kommt. Noch im Laufe des gestrigen Tages ist ein Anschluss des Reichsministers in Hitlers Nazi-Abend an alle Polizeipräsidien ergangen mit der Anweisung, sämtliche kommunistischen Kundgebungen und Umzüge unter freiem Himmel im ganzen Reich zu verbieten. Der vom preußischen Vorsitz abgelehnt, aber immer noch amtierende Berliner Polizeipräsident Melmer hat dem Wunsch Hitlers entsprechend nicht nur die vorgige Kundgebung der KPD, sondern sämtliche Versammlungen und Demonstrationen der KPD unter freiem Himmel verboten. Auch in zahlreichen anderen Großstädten ist das Verbot gegen die KPD-Veranstaltungen ausgesprochen worden.

Ausnahmegesetz gegen die KPD bereits beschlossen

Diese ungewöhnliche Beeinträchtigung der Wahlfreiheit der KPD soll nur der Ablauf zu einem entscheidenden Kreuzzug gegen die rote Freiheitspartei des deutschen arbeitenden Volkes sein. In der gestrigen Ratsitzung ist das Ausnahmegesetz gegen die KPD bereits beschlossen worden. Seine Verkündung soll nach den Regierungsabsichten nur noch eine Frage für kürzere Zeit sein.

Nach alledem und insbesondere nach der gestern von Hitler verfassten Regierungserklärung, die die Einleitung einer großangelegten und umfassenden mörderischen Hetze und weiteren Verfolgungsmaßnahmen gegen die Kommunisten durchsetzt als ein lösliches Signal für die immer deutlicher werdenden Verboßabsichten betrachtet werden muß, ist die Lage, in der wir uns befinden, vollkommen klar:

Die Arbeiterschwärme sind zerstört worden. Vor allem die Führer der Arbeiterschwärme, die kommunistische Partei, soll vernichtet werden, um auf diesem Wege den immer härteren enthaltenden Widerstand der Arbeiterschwärme gegen die faschistische Diktatur brechen und den wertvollen Massen neue unlängst verloren gegangene Freuden aufzubringen.

Schon haben die Industriebünde des Ruhrgebiets mit der Verhinderung des Lohnkampfes den Anfang mit dem gegen die Ar-

beiter beschäftigten Attentatangriff gemacht. Die Polizei und Sicherheitspolizei auf die Arbeiterschwärme sollen umgestellt, fortgeführt werden können.

Darum will man die KPD verbieten!

Das Ende und die Leidenschaft der hungrigen Massen sollen noch weiter vermehrt werden. Das ist gewollt, wenn Hitler in seiner Erklärung am Rundfunk bestimmt hat, daß der Durchführung einer Sanierung des Reiches und der Männer in verwaltungsfähiger und bewaffneter Hinsicht“ spricht. Die

alarmierende Regierungserklärung des faschistischen Diktatur-Regimes

Demonstrationsverbot für die KPD in ganz Preußen!

Der Reichspräsident Göring hat in seiner Eigenschaft als preußischer Innenminister das Demonstrationsverbot für die KPD und der ihr angehörenden Organisationen für ganz Preußen erlassen. Das Demonstrationsverbot gilt ab sofort.

Arbeiterschwärme sollen mit einem verzweigten Hungerzug überzogen werden. Sie sollen unermüdetem Steuerbrand ausgetragen werden.

Dortum nimmt die faschistische Diktaturregierung mit Vollkampf Kurs auf das KPD-Verbot.

Die kommunistische Partei als die Akteurin der Arbeiterschwärme im Kampf um Freiheit und Brot soll vernichtet werden, und das um so bedeutsamer, als die nationalsozialistischen Vollstrecker und die kapitalistischen Kapitalanten vor der faschistischen Diktatur durch die von der KPD geführte Arbeiterschwärme entlarvt werden.

Die Führer der Sozialpartei werben jetzt, wo sie das Judentum bei blutiger Unterdrückung über den arbeitenden Massen schwärmen, das Gegenteil von allem tun, was sie eigentlich haben haben. Das ist betriebs durch die

offenbar geworden. Diese Erfüllung, die Hitler gelingt nach dem Rundfunk verkündete, besteht von Anfang bis Ende in der Erfüllung blutigen Terrors gegen die KPD und die kommunistischen Arbeiterschwärme.

Sie bringt aber auch von der brennenden Auseinandersetzung der faschistischen Konterrevolution vor den entscheidenden Räumen auslösenden Arbeiterschwärmen, die sich immer mehr und stärker unter der Führung der kommunistischen Partei zusammenholen.

Das vermerkt die faschistische Diktaturregierung in ihrer Erklärung mit dem Hinweis auf den „unerbittlichen Willens-

und Gewissenslust“ des Kommunismus. Im gleichen Zusammenhang hat es die Diktaturregierung in ihrer Erklärung bestimmt, sämtliche Kräfte gegen den Kommunismus zu entfalten und auf diese Weise Sanktierung für die sozialdemokratischen Verbotsmaßnahmen gegen die KPD zu machen.

Für diese bewaffneten Maßnahmen gegen die KPD und

gegen die übrigen revolutionären Organisationen verlädt die Hitler-Japan-Regierung sogar bei den obersten imperialistischen Mächten von vornherein „Verständnis“ zu finden. Es

hebt es im Auftrag der Diktaturregierung u. a.:

„Soll Deutschland... seine Verpflichtungen den anderen Nationen gegenüber gemäßigt erfüllen, dann legt dies eine entscheidende Tat voran: die Überwindung der kommunistischen Auseinandersetzung.“

Die Weltstädte der RSDW: Wie oft hat sich Hitler versprochen, den Berliner Schankvertrag zu „verlieren“, den von Japan abgeschlossenen Russisch-Japanischen Frieden zu „verlieren“ und die viele Millionen Mann betragende Schuldenverpflichtung an die ausländischen Finanzhäuser und Tributärstaaten ihr antwortend nicht zu erfüllen?

Zweit — wo et an der Macht ist, gelobt er die gewilligte Erfüllung der Verpflichtungen anderer Nationen gegenüber!

Was Hitler im Übrigen an Regierungswillen“ vertraten hat, enthält nicht viel Neues:

„Sanierung des Reiches“, des kapitalistischen Staates durch sozialen Frieden auf die Massen, gefestigte Ausplünderung in Verbindung mit der militärischen Durchführung der Arbeitsbeschaffung und Siebungspolitik im Interesse der verschärften Militarisierung der Jugend.

Das ist es, was den arbeitenden Massen blüht!

Keine Kreme, Brot, kein Tropfen Milch für die hungrigen Kinder der Arbeiter!

Denn diese Regierung ist die Bourgeoisie des Reichs der bestehenden kapitalistischen Klasse und wird alle in ihren Händen konzentrierte Gewalt im Interesse der Reichen, zur blutigen Unterdrückung der Armen aussetzen.

Sozialistisch verleiht diese Hitler-Japan-Faschisten-Regierung, genau wie ihre Vorgänger, Hoffnungen und Illusionen unter den arbeitenden Massen zu werden. Genauso wie Japan ist auch die Schleicher führt Hitler als eines der entzerrtesten Erfüllungsorgane zur Belastigung und Täuschung der Massen des von der Arbeiterschwärme“ im Range. Mit Freude über und ich überzeugender Stimme verzündet er seinen die „Rettung des best-

Die Proteststreitwelle gegen das Blutbad und gegen Hitler-Papen-Hugenberg

KPD-Betriebsrat von Greiling erklärt: Kampf gegen Leipartikular der Gewerkschaftsführer ist notwendig

Dresden, 2. Februar

Ja der Brunnerei Waldkirchen wurde am Dienstag von der gesamten Belegschaft ein zweitständiger Proteststreit durchgeführt.

Die Belegschaft der Zigarettenfabrik Conifa setzte am Tage der Verdigung der Opfer zwei Stunden lang die Belegschaft der Kunstdruck. M. & C. führte am Tage der Verdigung einen zweitständigen Proteststreit durch.

Bei der Firma Mehlrose in Freital-Dessau wurde ein zweitständiger Proteststreit durchgeführt, der sich ausdrücklich auch über die Hitler-Diktatur richtete, wie das in der vorabgegangenen Betriebsversammlung festgelegt wurde.

Am Dienstag ist die Belegschaft der Zigarettenfabrik Conifa ab 15 Uhr in den Streik getreten. In der Abteilung Kartonagen wurde um diese Zeit eine Petition der Belegschaft im Kreis durchgeführt. Ein sozialdemokratisches Betriebsamt, wie dort ausdrücklich darauf hin, daß der Streik der Belegschaft gegen den Willen der Gewerkschaftsführer durchgeführt wurde, erklärte,

wo Arbeiterschlaf geslossen ist, kann man den Gewerkschaftsführern nicht mehr folgen. Es ist überhaupt notwendig, gegen den Kurs der heutigen Gewerkschaftspolitik anzutreten.

Die Proteststreitwelle der Arbeiterschwärme zieht sich gleichzeitig gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur. So wurde in einer Belegschaftssammlung im Textilbetrieb Greif. Hug. & Co. in Chemnitz gegen eine Protestkundgebung gegen das Hitler-Blut im Regelrhythmus gleichzeitig eintimmige Entschließung erzielt, der auch die umliegenden sozialdemokratischen Arbeiter galt.

Greif. Hug. & Co. erkläre in der Bildung der Hitler-Regierung eine Neutralität gegen die Arbeiterschwärme. Die geplante Kämpfe gegen die KPD, NSDAP und den anderen proletarischen Massen, insbesondere gegen ein Verbot der KPD, NSDAP und den anderen proletarischen Massen, gegen die Arbeiterschwärme, die Belegschaft fordert gegen die faschistische Diktatur zu organisieren zum Kampf um höheren Lohn, zum Kampf gegen die Militarisierung der erziehenden Jugend, zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit, für Arbeiterschaft und Sozialismus!